

Geschäftsstelle und Redaktion: Breslau, N. 18, Halbesingstraße 48

Verlagspreis 24 Mark Postfachkonto: Leipzig Nr. 14707

Sächsische Volkszeitung

Regulardruck: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Musik. Beilage 10.20 M Ausgabe B 9.45 M. In Preußen und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 10.65 M, Ausgabe B 9.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Erscheinende der Redaktionen: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Best.-Spalten 1.40 M, im Restemittel 3.50 M, Familienanzeigen 1.30 M. — Für unbedeutend geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Wie lange noch?

Die Menschen leben in den Tag hinein, wie wenn wir nicht ein armes besiegtes Volk wären, sondern uns Luxus und Leidenschaft ungefragt leisten könnten. Es wird einem angst und bangt, wenn man das Treiben von heute ansehen muß, wobei man nur im Zweifel ist, aber was man mehr erschrecken sein muß: über die Sorglosigkeit, die Planlosigkeit und die Schwäche und Nachgiebigkeit von oben, oder die wahrhaftige Verblendung, die entsetzliche Verantwortungslosigkeit und den schwülen Selbstsinn von unten!

Wie lange noch? Diese erschütternde Frage müssen wir und Tag für Tag, Stunde für Stunde zurufen! Diese Frage müssen wir an diejenigen richten, die unser Schicksal zu führen berufen sind, wir müssen sie aber auch an uns selbst richten! Einkehr tut not, strengste Einkehr, denn wir taumeln in den Abgrund!

Jeder sieht das Verderben nahen, aber man verschließt geistlich die Augen, Jeder fühlt: So kann es nicht weiter gehen und trotzdem wird der Kopf in den Sand gesteckt in dem Glauben: nur von nichts wissen wollen! Unter denjenigen, die vergebens rufen und mahnen, und unter denen, die schicksalshand für Land und Volk als Verantwortliche mit furchterlicher, herner Gewalt herantreten sehen, unter all diesen herrscht nachgerade ein Gefühl des: „Reise sich, wer kann!“ Das Schlimmste, das Aller schlimmste ist, daß diesen Dingen unter uns das höchste Maß von Glaube und Vertrauen an die Kraft und Treue des Volkes schwindet! Wo bleibt da die letzte Stütze, wo der Anker, an dem wir uns in der Todesstunde klammern können? . . .

Wie lange noch? Der Politiker fragt es sich, wenn er die Zustände im Innern ansieht. Die heutige Lage gleicht einem willenlos hin- und hergeschwungenen Blatt. Wir können trotz aller Mühen und Anstrengungen keinen festen Boden gewinnen. Die Herbeiführung geht weiter, wenn nicht offen, dann verdeckt. Der Nationalismus sieht härtere Maßnahmen aus den gerüttelten Verhältnissen, als wir uns alle träumen lassen.

Der Volkswirtschaftler fragt sich: Wie lange noch hält das deutsche Wirtschaftsgebäude der Unterdrückung stand, die immerfort weiter steigt und die diesen einst ausdauernd gestützten Bau der deutschen Volkswirtschaft bis zur Sprengung reif gemacht hat. Raum, daß mit Mühe und Not ein Stück Ackerbau wurde, Kassen an anderen Stellen Dupende wieder Abgründe auf.

Der Finanzpolitiker vor allem fragt sich schaudernd: Wie lange noch? Wohin sollen wir kommen, wenn es auch nur noch einige Wochen so weiter geht, wie bisher? Wo ist die Steuermoral der Bürger heute mehr als je ein Opfer unserer ganzen Wirtschaftskatastrophen? Wo aber auch ist die Steuerautorität der Regierung? Kann eine Regierung Anspruch darauf machen, gestützt und unterstützt zu werden, die so schwach und so nachgiebig ist, um ihre eigenen, sicherlich in bester Erkenntnis der Notlage des Reiches gemachten Vorschläge durchzusetzen? Vorschläge überdies, welche die überwiegende Mehrheit der Volkvertretung billigt! Wohin treiben wir, wenn Steuerabotage einreißt und die Regierung nicht die Kraft und den Mut findet, diesem gefährlichen Zustand mit größter Energie entgegenzutreten? Was ist es für eine trostlose Zeit, daß eine Steuerbehörde von heute eigenständig weiß, was es mit den Steuern und ihrer Durchführung bestellt ist, wenn eine Verfügung von oben die andere jagt, und so ein heilloses Durcheinander entsteht, in dem sich niemand, an wenigsten aber die Steuerzahler selber sich auskennen? Schon sind die Gerichten am Werk, welche das furchterliche Lohnabotage drücken, um sich selber aus der Steuerfälligkeit zu ziehen und schnell noch auf die Seite zu bringen, was irgend möglich ist!

Es steht schillern mit uns, und keine Kraft ist zu spüren, die wenigstens das Licht der Wahrheit bringen könnte, wie lange noch wird es dauern, bis ein Licht der Gerechtigkeit, der Schonungslosigkeit die Festbeulen mit scharfem Messer aufschneidet?

Das ist die bange, angstvoll bange Frage, die uns heute bewegt. Denn es handelt sich nicht um das Schicksal einiger weniger, deren Verlust wir verschmerzen könnten, sondern es dreht sich um unser aller Sein, um unsere ganze Existenz als Volk und Reich!

Käuferstreik, Rohstoffmangel und Papiergeldwirtschaft

Im Reichswirtschaftsrat hat man sich dieser Tage angefaßt des Käuferstreiks und der Absatzkrise auf verschobenen Gebieten des Warenmarktes des langen und breiten über die Fragen unterhalten, welche sind die Ursachen dieser Erscheinungen und der daran anknapfenden Betriebsstörungen und -einschränkungen gewesen, und auf welchem Wege läßt sich die Produktion wieder in Gang bringen.

Als Hauptgrund für die Absatzschwierigkeiten wurde angegeben die mangelnde Kaufkraft des Publikums infolge zu hoch gestiegener Warenpreise. Die Schuld an letzteren hiñwiederum wurde je nach der Stellung des sich an den Erörterungen beteiligenden Persönlichkeiten zugeschrieben den hohen Rohstoffpreisen, Arbeitslöhnen und Gehältern, Überbeanspruchung der Gewinnzuschläge, Mängeln an der Selbstkostenberechnung, unwirtschaftlichen Produktions- und Betriebsmethoden als Voraussetzung einer dauernden Belebung und Gesundung der

Wirtschaft wurde schließlich genannt eine Ausdehnung der Warenpreise an die Kaufkraft des Publikums, ein Preisabbau.

Wie soll nun dieser Preisabbau erreicht werden? Ein wirklich durchgreifender Preisabbau, so heißt es in der der Erörterung zugrunde liegenden Denkschrift, kann nur durch eine noch den Gesichtspunkten höchster Wirtschaftlichkeit zu erzielende Mehrproduktion, insbesondere auch in der Landwirtschaft erfolgen. Es kommt weiter vor allem darauf an, den bearbeitenden Gewerben eine wirksame Kontrolle über die Preisbildung ihrer Rohstoffe und die der Verbraucher gestellten Preise der Fertigfabrikate zu verschaffen. Auf diese Weise sollen also die Preise verbilligt und die Kosten lastträglicher gemacht werden. Die Mehrproduktion muß u. E. aber nicht nur bei der Landwirtschaft, sondern vor allem auch in der sonstigen Reproduktion, der Rohle, einlegen. Wie sehr hier die Erzeugung dem Bedarf nachhinkt, ergibt eine neuerliche Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums über die augenblickliche wirtschaftliche Lage Deutschlands. Nach dieser hatten wir 1913 an Steinkohle eine inländische Erzeugung von 190,1 Mill. Tonnen eines Verbrauchs von 157,7 Mill. Tonnen; der Rest wurde ausgeführt. Heute steht uns davon nur noch die Hälfte zur Verfügung, die Denkschrift besitzt den Rohstoffverlust infolge „produktionsmindernder Faktoren“ auf nicht weniger als 82 Millionen Tonnen. Und zwar berechnet sie die Verluste infolge Gebietsabtretungen auf 17, infolge der Verkürzung der Arbeitszeit auf 45 und infolge verringerten Arbeitsleistung auf 20 Millionen Tonnen. Dieser Mangel an Kohle hindert uns, die Eisenerzeugung zu erhöhen, behindert uns vor allem darin, die chemische Industrie in vollen Gang zu bringen. Unter dem Kohlenmangel leidet diese doppelt, da die Kohle ihr nicht allein als Brennstoff, sondern auch als Rohstoff dient. Aber auch die sonstigen Industrien, in denen auch Rohstoffe des Inlandes genau zur Verfügung stehen, wie die Textilindustrie, die Glas- und Porzellanindustrie, vernachlässigt wir bisher nicht in vollen Gang zu bringen. Auch hier stand immer wieder der Rohstoffmangel einer vollen Aufnahme des Betriebs als Hindernis im Wege.

Hier rächte sich der Kohlenmangel um so bitterer, als die vorgenannten Industrien zugleich Ausfuhrindustrien sind, die in ihrer Ausfuhrfunktion stark lagerngelegt waren. Können wir aber ausführen, dann können wir auch unsere große Bevölkerung hinreichend beschaffen und erhalten für unsere Erzeugnisse Gegenleistungen, um uns Rohstoffe und Lebensmittel zu beschaffen und bei entsprechendem Bedarf unter nicht zu hohen Preisen auch andere Industrien zu versorgen. Was Rohstoffmangel für eine Industrie bedeutet, sehen wir an unserer Textilindustrie. Sie ist fast ausschließlich auf ausländische Rohstoffe angewiesen. Im Inland werden nur geringe Mengen erzeugt im Jahre 1913 an Wolle 8000, an Flachs 3800 Tonnen. Dazu kamen 55 000 Tonnen aus Lumpen hergestellte Kunstwolle. Aber was bedeutet das für den gewaltigen Bedarf einer Industrie, die bereits 1907 in 136 000 Hauptbetrieben und 25 000 Nebenbetrieben nicht weniger wie 1,1 Millionen Personen beschäftigt! Ihr Bedarf erreichte aber 1913 folgende Einfuhrmengen: Baumwolle 505 000, Wolle 119 000, Flachs 62 000, Seide 6300 und Jute 154 000 Tonnen im Gesamtwert von 1 1/2 Milliarden Mark. Nur seit dem Herbst 1919 wieder größere Mengen an Rohstoffen nach Deutschland gelangt, hauptsächlich Rohbaumwolle. Aber sie erreichen bei weitem noch nicht den Vorkriegsstand. Im März 1920 kamen z. B. insgesamt 20 600 Tonnen Textilrohstoffe herein gegenüber 70 500 Tonnen monatlich im Jahre 1913. So hatte denn die Textilindustrie im März auch nur einen Beschäftigungsgrad von 40—45 Prozent des Friedensstandes erreicht.

Somit die heutigen hohen Warenpreise eine Folge der gewaltig gestiegenen Rohstoffpreise und eine Überbeanspruchung der Erzeugnisse sein sollen, so dürfen wir hier unter keinen Umständen auch die Wirkungen der abertierlichen Papiergeldwirtschaft, der Inflation, übersehen. Die „Konsumkur“, Wochenfrist für Kapital und Wirtschaft, hatte nicht unecht, wenn sie vor kurzem (Nr. 43/44) schrieb: „Das so gewaltige Geschäftsgewinne gemacht werden konnten, daran sind die Wirkungen der Papiergeldwirtschaft ganz allein schuld. Denn bei der rasenden Verteuerung aller Waren kann ein Betrieb nur noch lebensfähig bleiben, wenn er so viel verdient, daß er die nötigen Rohstoffe und Betriebsmaterialien, die Arbeitslöhne und Unkosten für die wie bisher der Menge nach stark wachsende Produktion bezahlen kann. Bei dem Tempo der Marktentwertung kommt jeder Betrieb zurück, der nicht ein Mehrfaches von dem verdient, was er bisher verdient hätte. Es ist gewiß eine ganz ungeheure Entschleunigung, daß es so ist, aber unter einer Papiergeldwirtschaft müssen sich eben solche Exzesse entwickeln. Wenn wir also in der Papierwelt heute die erste und hauptsächlichste Ursache des wirtschaftlichen Niederganges erblicken, so sind wir doch keineswegs blind für die anderen Ursachen der Verdrängung. Wir haben wahrhaftig die Wirkungen der Inflation auf die Preisbildung oft genug herborgehoben, aber sie treten augenblicklich zurück hinter der Verteuerung, die die Papiergeldwirtschaft anrichtet.“

Hier können weniger die Mittel einer noch so gut gemeinten Preispolitik helfen als diejenige, die einen Abbau der Papiergeldwirtschaft erleben: Einstellung der Papierdrucker, weitgehende Steuerpolitik und eine gezielte Steuererhebung. Diese Mittel dürfen nicht alle anderen geeigneten sein, die Kaufkraft des Geldes wieder zu erhöhen bzw. billigeren Preise zu beschaffen. Damit ergibt sich wieder der außerordentlich enge Zusammenhang zwischen unserer Finanzpolitik und den Fragen unserer Wirtschaftsgestaltung.

Kapitalbeschaffung

Gibt neue Art der Kapitalbeschaffung ist neuerdings in der Großindustrie zu beobachten. Es handelt sich um die Ausgabe von Vorzugsaktien, die im Grunde doch nichts anderes als festverzinsliche und rückzahlbare Obligationen sind. Diesen Weg der Kapitalbeschaffung, der auch vom allgemeinen wirtschaftlichen Standpunkte aus große Aufmerksamkeit wert ist, hat jetzt die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft beschritten. Sie hat zu ihrem 25-jährigen Jubiläum 250 Millionen Mark betragendes Aktienkapital eine Erhöhung um weitere 250 Millionen Mark beschlossen, die in Form von sechsprozentigen Vorzugsaktien mit einfachem Stimmrecht ausgegeben und von denen 100 Millionen Mark in öffentlicher Zeichnung untergebracht werden

sollen. Diese Vorzugsaktien sollen — und darin drückt sich neben der festen Verzinsung, die für Aktien sonst nicht üblich ist, die neue Eigenart der Transaktion aus — vom Jahre 1925 an zu 11 1/2 Prozent zurückgezahlt werden können. Es handelt sich bei diesem neuen Kapitalbeschaffungsmodus also nicht nur darum, neues Kapital zu beschaffen, sondern sich diesen auch unter günstigen Bedingungen wieder entleihen zu können, sobald die Geschäftslage des Unternehmens und die Lage des Kapitalmarktes solches vorteilhaft erscheinen lassen. Eine Kapitalerhöhung durch Ausgabe von Stammaktien oder von gewöhnlichen Vorzugsaktien hätte die Gesellschaft die Verpflichtung auferlegt, ein um 250 Millionen Mark vergrößertes Aktienkapital dauernd vorzulegen zu müssen, was bei weiter steigendem Geldwerte eine sehr schwere Last werden könnte. Bei der Ausgabe von Obligationen wiederum wäre die Gesellschaft an einen festen Tilgungsplan gebunden worden, der unter Umständen manche Unbequemlichkeiten hätte haben können. Man kann wohl genötigt sein, zu früh tilgen zu müssen, als auch weiterhin sein, in einem der Zeitläufe entsprechend schwereren Tempo die rüchenswerte Tilgung vorzunehmen. Mit der Ausgabe von Vorzugsaktien, die ab 1. Januar 1925 zu 11 1/2 Prozent einzahlt werden können, hat sich die A. E. G. die Möglichkeit gesichert, das neue Vorzugskapital wieder abstoßen zu können, falls nach fünf Jahren der Geldwert weiter eine steigende Tendenz einschlagen sollte, was wohl allgemein angenommen wird. Der Obligationen in Form der rückzahlbaren Vorzugsaktie stellt sich somit als ein sehr geschicktes Mittel dar, eine aufzunehmende Schuld unter Anpassung an die Lage des Geldmarktes und die jeweiligen Verhältnisse der schuldnerischen Gesellschaft tilgen zu können, ohne dabei von einem festen Tilgungspläne abhängig zu sein.

Generalfreistpropaganda

Die Generalfreistpropaganda wurde in ihrem ganzen volksgesundheitlichen Umfange wieder einmal durch Münchener Beschlüsse offenbart. Die Versammlung der Delegierten des Münchener Gewerkschaftsbundes und der Kreise der großindustriellen Gruppen der Betriebsräte hat einstimmig beschlossen, durch den Deutschen Gewerkschaftsbund an die Reichsregierung ein Ultimatum zu stellen, in dem ein fähbarer Preisabbau gefordert und im Falle des Verweigerns der Regierung in der Generalfreist eingetreten werden soll. Die Beratung dieses von einem Vertreter der R. P. D. gestellten und dann von einem Vertreter der U. S. P. formulierten Antrages zeitigte eine ziemlich erregte Aussprache über die Möglichkeit und die Folgen eines Generalfreist. Auf die Frage des Vorsitzenden Friedl (U. S. P.), wie sich der R. P. D.-Antragsteller wohl in der jetzigen Zeit die Anwendung wirtschaftlicher Machtmittel durch die Gewerkschaften dachte und auf die Erklärung, daß der Generalfreist ein glattes Verbot sei, an der Arbeiterschaft sei, da die Unternehmer darauf lauern, ihre Betriebe sperren zu können, erklärte ein R. P. D.-Vertreter: Es müßte Sache des Generalfreist sein, diese Machtmittel aufzufinden, da die Organisation sonst ohne weiteres ihr Schicksal abgibt; die Arbeiterschaft sei nur nicht so ohnmächtig; in anderen Gauen gehen die Arbeiter ohne ihre Führer vor, die Demokratie steht auf dem Pulsstrahl; wir brauchen die Diktatur! Ein Vertreter der U. S. P. warnte vor allenfalls Anwendung des Schlagwortes vom Generalfreist — schließlich werde niemand mehr darauf hören. Schriftleiter Thomas (R. P. D.) erklärte: Wir haben die Pflicht, Anträge zu stellen, die geeignet sind, die Massen aufzurütteln, selbst wenn wir von der Unmöglichkeit dieser Anträge überzeugt sind; wir müssen die Massen so lange aufwachen bis kein Unterschied im Denken mehr besteht und eine einheitliche Aktion ermöglicht wird.“ Der Vorsitzende stellte zum Schluß fest, daß also dieser Antrag nur zur Propaganda für die R. P. D. dienen solle, worauf ihm mit dem Ruf „Schieber!“ grollend wurde. Tredden wurde der Antrag auch mit den Stimmen der U. S. P. angenommen.

Ein Kommentar zu dieser Schlußsetzung ist wohl überflüssig. Aber immer wieder erhebt sich die Frage: Wohin treiben wir?

Die deutschen Katholiken in der Tschechoslowakei

Am 8. August hielt der Volksbund der deutschen Katholiken in Böhmen eine erste Hauptversammlung ab. Nach einmonatlichem Bestande zählt die gewaltig anwachsende Organisation 208 Gruppen in Böhmen, 160 Gruppen in Mähren und Schlesien mit zusammen über 46 000 Mitgliedern. Mit höchlich anregenden Mitteln wurde die Kleinarbeit dieser Organisation geleitet. Anlässlich des Kulturkampfes finden die Katholiken durcher Junge sich zusammen. Die Zahl wird sich in kurzer Zeit verdoppeln. Auch die deutschen Katholikentage, die in allen Ländern abgehalten werden, sind überall überaus gut besucht. So war es in Friedland am 13. Juni, Währisch-Schönberg am 4. Juli, Deutsch-Walch am 11. Juli, Weidenberg am 8. August, wo zugleich der alte Volksverein Worböhmens seinen 50-jährigen Bestand feierte. In dieser einflussigen Fokierung der Les-bewegung, wo 1913 die Katholiken anlässlich einer Jubiläumswache mit tausend Eiern bemerken und angepöbelt worden waren, verlief die Tagung geradezu überwältigend großartig. Rühmlich parlamentarisch sprachen vor Tausenden begeisteter Zuhörer gegen die Unterdrückung katholischen Lebens durch die Prager Regierung. Die jüngst abgehaltenen sozialen Kurse, die der Volksbund durch den Jesuitenpater Schaubberger aus Mähren in Weidenberg und Eger abhalten ließ, waren außerordentlich stark besucht, selbst Gegner hatten sich als Teilnehmer gemeldet. Auch in Preudenthal (Schlesien) wird Vater Schaubberger einen solchen Kurs abhalten. Aber auch die Kreuze arbeiten. In Kuffitz a. b. Elbe hat der Ortskatholik die Entwertung sämtlicher Schulkrone beschlossen. In Köchlitz wurden jüngst zwei Bekehrte und eine herrliche Antoniusstatue gekauft. Der fassam bekannte Professor Wahren und taucht auch wieder auf und verlangt überall Trennung von Kirche und Staat nach französischem Muster mit völliger Verbannung der Kirche, Romapoll für die religiösen Pflichten der Gemeindeglieder, Auflösung der Gemeinden in „Vereine zu religiösen Privatveranstaltungen“ usw. Bei der heutigen tschechischen Regierung findet er freudiges Gehör.